



## *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 53; Februar 2007**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

nachdem unser neuer Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering in Anwesenheit der Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Arbeitsprogramm des Europäischen Parlaments für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorgestellt hatte, befassten wir uns in dieser Februar-Plenartagung mit einer ganzen Reihe weiterer spannender Themen: Abzustimmen waren u.a. der Abschlussbericht des CIA-Ausschusses, die neue EU-Abfall-Richtlinie sowie ein Bericht des Frauenausschusses über die Situation der Frauen in der Türkei. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung sprach der italienische Staatspräsident Napolitano, der von 1989 bis 2004 selbst Europaabgeordneter war, vor dem Plenum des EP.

### **Das Arbeitsprogramm**

Präsident Pöttering skizzierte die Schwerpunkte seiner gerade begonnenen zweieinhalbjährigen Amtszeit. Er beschwor einen neuen Aufbruch zu einem besseren, stärkeren, der Zukunft zugewandtem Europa. Hierzu brauchen wir den Verfassungsvertrag. Von höchster Wichtigkeit sind auch die Energiesicherheit, der Klimawandel und die Stärkung des transatlantischen Bündnisses. Weiteres zentrales Thema soll der Dialog der Kulturen bzw. Religionen sein: Europa ist der Kontinent

der drei großen Religionen Christentum, Judentum und Islam. Der Dialog zwischen diesen ist heute wichtiger denn je, kann aber nur gelingen, wenn er sich auf Toleranz und Wahrheit gründet.

In ihrer Antwort versicherte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die deutsche Ratspräsidentschaft alles daran setzen werde, einen Fahrplan für das Zustandekommen des europäischen Verfassungsvertrags festzulegen, damit die Menschen bei der nächsten Europawahl 2009 wissen, über welches Europa sie abzustimmen haben und wie dieses Europa weiter voranschreitet.

### **Abfallaufkommen stabilisieren**

Jährlich werden in der EU 1,3 Mrd. Tonnen Abfälle produziert; 40 Mio. t davon sind gefährliche Abfälle. Es gibt Schätzungen, nach denen im Jahr 2020 bis zu 45% mehr Abfälle zu entsorgen sind als 1995. Die Folgen für Mensch und Umwelt wären beträchtlich. Daher sprach sich das EP nun in Überarbeitung der EU Abfallrahmenrichtlinie für strengere Regeln bei der Abfallbewirtschaftung aus:

Das Abfallaufkommen soll zunächst bis 2012 stabilisiert und anschließend bis 2020 gesenkt werden. Darüber hinaus wird eine fünfstufige "Abfallhierarchie" festgelegt: Abfallvermeidung bleibt das wichtigste Ziel. Nur, wenn dieses nicht möglich ist, sollen Produkte repariert und wieder-

verwertet, recycelt, anderweitig verwertet (etwa verbrannt) oder umweltschonend beseitigt werden dürfen. Ferner soll das Verursacherprinzip gelten: Unter anderem durch eine Rücknahmeverpflichtung werden die Hersteller stärker zur Verantwortung gezogen.

Nun ist der Ministerrat an der Reihe, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Sollte sich letzterer erheblich vom Parlamentsvotum unterscheiden, findet ein Vermittlungsverfahren statt.

### **CIA-Flüge in Europa**

Die Arbeit des Europäischen Parlaments zur Aufklärung illegaler Aktivitäten der CIA in Europa blieb bis zuletzt umstritten. Unser Abschlussbericht betont, dass wir Verstöße gegen die Grundfreiheiten und Menschenrechte der EU niemals tolerieren. Allerdings gibt es keine Belege dafür, dass Regierungen und Geheimdienste der EU-Mitgliedstaaten in die Aktivitäten des amerikanischen Geheimdienstes involviert waren. Ebenso wenig konnte der Ausschuss Geheimgefängnisse der CIA in den EU-Mitgliedstaaten belegen. Zwar wurden die bekannten Fälle illegaler Gefangenentransporte umfangreich dokumentiert; einer Mehrheit von Grünen, Liberalen und Teilen der Sozialdemokraten gelang es jedoch, objektive Ergebnisse durch Spekulationen sowie fach- und sachfremde Änderungsanträge zu verfälschen. Dies wurde weder dem Auftrag noch der Arbeit des Ausschusses gerecht und diente ausschließlich einer billigen politischen Stimmungsmache. Die christdemokratische EVP-Fraktion konnte der Entschließung daher am Ende nicht zustimmen.

### **Ankara und die Frauen ...**

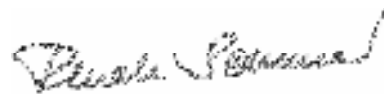
Die beschämende Situation der Frauen in weiten Teilen der Türkei hat sich trotz der Beitrittsperspektive des Landes in keiner Weise gebessert. Am schlimmsten sieht es in den ländlichen und armen Regionen des Landes aus, in denen oft noch mittelalter-

lich anmutende Gesellschaftsstrukturen existieren. Hier sind Frauen Menschen zweiter Klasse: Geboren, um dem Mann zu dienen. Unser Bericht zur Lage der Frauen stellt der türkischen Politik ein Armutszeugnis aus:

Im Südosten der Türkei sind mehr als 25 % der weiblichen Bevölkerung Analphabeten, weil die Väter ihren Töchtern den Schulbesuch verwehren. Die Geburt weiblicher Säuglinge wird den Behörden oft nicht angezeigt. Ein Mensch aber, der offiziell gar nicht existiert und zudem keinerlei Zugang zu Bildung hat, ist einer hoffnungslosen Zukunft ausgeliefert. Zwangsehen und Polygamie, Gewalt gegen Frauen, einschließlich so genannter "Ehrenmorde" und zunehmend erzwungene Selbstmorde junger Frauen sind Folge dieser Missstände. Zwar sind aus Ankara eine ganze Reihe von Maßnahmen angekündigt, um die Lage der Frauen zu verbessern; die türkische Regierung jedoch übt sich bis heute vornehmlich im Nichtstun. Der Türkei muss also dringend klar gemacht werden, dass gerade für die EU die Situation der Frauen ein Lackmустest für den inneren Zustand einer Gesellschaft ist. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Wir fordern daher, die Frauenrechte in der Türkei zu einem zentralen Thema der Beitrittsverhandlungen zu machen.

Bis zum nächsten Straßburgbrief im März grüße ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: [rsommer@europarl.eu.int](mailto:rsommer@europarl.eu.int)

[www.renate-sommer.de](http://www.renate-sommer.de)